

# Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

Für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Reaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1048.

Nr. 245

Halle a. S., Mittwoch, den 19. Oktober 1898.

9. Jahrg.

## Ein Wort Vollmars.

Genosse Vollmar hat auf dem Parteitag (zweiter Verhandlungstag, Vormittagsung) das schwerwiegende Wort gesprochen. Ich sage: es könnte der deutsche Sozialdemokratie gar nichts Unglücklicheres passieren, als wenn ihr die Macht plötzlich in den Schoß fiel, weil wir noch gar nicht den Reifegrad erreicht haben, sie gebrauchen zu können. (So der oühentliche Bericht.)

Es war klar, daß die gegenwärtige Partei sich das selbe nicht entgehen lassen werde, um gegen uns Kapital daraus zu schlagen. Die Köln. Zeitung leitete denn auch vergnügt über dieses „Engstirnigkeits einest der besten Köpfe und der vorzüglichsten Männer, über welche die Sozialdemokratie verfügt“, wie sie schreibt, und schließlich es gegen uns aus.

Wir unterließen, so kommt das Hami. Echo dazu, können dieses Wort nicht unüberproben lassen — nicht als ob wir darin eine Parteilosigkeit erblickten, sondern weil wir es für unwichtig halten. Wir möchten auch annehmen, daß der Genosse Vollmar einen an sich richtigen Gedanken in der Hitze des Gefechts und um seine polemische Antipathie scharf pointiert auszusprechen, eine paradosie Auslegung getrieben hat, die nicht so schmerzhaft ist wie sie klingt, und jedenfalls nicht so wie die Köln. Zeitung sie versteht.

Das Leitmotiv seiner Ausführungen ist der Satz, daß wir die politische Macht erst dann erobern und festhalten können, wenn die ökonomische Entwicklung reif dazu geworden ist. Wie er denn fortführt: „Wir wollen nicht durch künstliche Mittel von außen her diese Macht gewinnen, sondern durch die innere Reife, der niemand widersteht kann.“ Hierin wird jeder mit der sozialistischen Wissenschaft vertraute Genosse ihm zustimmen.

Nun fällt uns aber die Macht keineswegs von selbst als reife Frucht in den Schoß, sondern wir müssen sie vom Baume schütteln, wir müssen sie erobern, auch wenn die Reife bereits einsetzt.

Was wird sich selber machen.  
Was nichts unangenehm.  
Doch so lang die Welt ihr Schwachen,  
Daß sie nichts von sich gemacht!

hat Sallet zedichtet. Einem sozialistischen Fatalismus oder Determinismus huldigt Vollmar sicherlich so wenig wie wir. Immer ist es so gemeint, daß das Veraltete, auch wenn seine Zeit um ist, sich weiter zu behaupten strebt, daß das Abgelebte seinerseits mit künstlichen Mitteln seinen Lebenshauch zu verlängern sucht, nachdem schon seine Wurzeln in den ökonomischen Verhältnissen abgestorben sind. Daraus also, daß wir heute noch nicht die politische Macht erobert haben, darf nicht gefolgert werden, daß wir noch nicht reif dafür sind.

Der konkrete Sinn des Satzes, daß wir noch nicht reif wären für den Gebrauch der politischen Macht, ist offenbar der, daß wir den bestehenden, realen Verhältnissen nicht Rechnung tragen und stat. successe, schrittweise die sozialistische Idee zu verwirklichen, vielmehr mit einem Schlag die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umzuwandeln, sprunghaft in den Sozialismus hineinzuwachsen würden. Ein solch plötzlicher Umschwung wäre aber mit allerlei Uebeln verbunden, die leicht zu schweren Erschütterungen und zum schließlichem Rückfall in die alten Zustände führen können.

Das letztere ist zuzugeden. Aber nicht zuzugeden ist, daß das Proletariat, wenn es einmal in den Besitz der Macht gelangt ist, in diesen Fehler verfallen würde. Zweifellos gäbe es Sünder und Dränger, die einem gemäßigten Tempo abhold, mit allem Bestehenden tabula rasa, turgen Projekte, und damit anfräumen möchten. Aber eben so zusetzen ist, daß nicht die radikale Typologie, sondern die ruhige Besonnenheit den Kurs unserer Partei bestimmen wird. Die praktische Vernunft wird die weitest größere Weisheit auf ihrer Seite haben und wird so auch die fürnehmliche Uebelthätigkeit des Parteipöbels ab und zu brechen geben.

Die Geschichte unserer Parteibewegung liefert hierfür einen starken Erfahrungsbeweis. Innerhalb unserer Partei verfahren wir über die Macht unbedingtheit, souverän geben wir uns selbst die Gesetze unserer Taktik. Nun denn, es hat in der Partei nicht an Sündern und Drängern gefehlt, die mit dem Kopf durch die Wand rennen wollten, die Mäßigung und notwendige Rücksichtnahme auf das Bestehende als Schwäche, die Beteiligung an der politischen und sozialen Aufgaben des Tages als Verzichtung aufgefaßt haben. Es hat manchmal heftige Kämpfe abgelegt, aber die Partei in ihrer großen Mehrheit hat die Politik der Vernunft und Besonnenheit gut geheißen und heute ist jene Opposition so gut wie verschwunden. Nicht einmal die ökonomischen Prognostiken aller Art haben zu Zweifeln veranlaßt, daß das Klassenbewußte, sozialdemokratische Proletariat auch dem Kurs der Vernunft entgegensteht. Und ebenjensig wie die Parteien der gelehrlichen und

widergesetzlichen Repression war das Hungerlohn der Sozialreform oder eine sonstige Todeseife in fände, die kämpfende Arbeiterklasse auf Abwege zu leiten.

Das Proletariat hat das Examen seiner politischen Maturität (Reife) glänzend bestanden. Und da soll es heute noch nicht reif sein zum vernünftigen Gebrauch der politischen Macht?

„Die Partei“, schreibt Mehring in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie über die Bilanz des Sozialistengesetzes, „hätte nicht nur gelämpft und geschlagen, sondern auch gearbeitet und gelernt. Sie hatte nicht nur den Beweis der Kraft, sondern auch den Beweis des Geistes geleistet.“ Und noch anerkannter lautet das Zeugnis, das er dem kämpfenden Proletariat am Schluß des Wertes ausstellt.

Schwarmgeister wie Hyazinthus nach unten liegt uns fern. Wir sind weit entfernt, zu behaupten, daß das Proletariat, wenn es einmal zur Macht gelangt sein wird, nicht auch Fehlur machen kann und sie immer vernünftig gebrauchen wird. So viel aber ist sicher, daß es dieselbe nicht entwerfen so arg mißbrauchen, noch jemals solche Kapitalumwälzungen machen wird wie die herrschenden Klassen der verschiedenen Epochen und speziell die herrschende Klasse der Gegenwart. Auch wenn es lange nicht so politisch reif wäre, wie es tatsächlich ist, wäre es immer noch unendlich reifer als die heutige Oligarchie der Großkapitalisten und Junker, die, allen Lehren der Geschichte wie aller Erfahrung der Gegenwart zum Trotz, den mächtigsten Strömungen der historischen Entwicklung mit ihren armeneligen Gewaltmitteln einbüumen und rückwärts stauen zu können vermeinen — was ihre Verstandeskräfte befähigt — und die in ihren schlaffenhaften Uebelthäten die Massen, die solche erzeugen, eiskaltzig darben und verkommen lassen und sich schwerer die geringste Reue leisten als das arbeitende Volk entgegen lassen als die Teufelshelme ihres Gesanges — was ihre moralische Reife kennzeichnet.

Die intellektuelle Reife der bisher herrschenden Klassen wird durch das bekannte grüßliche Wort eines berühmten Staatsmannes beleuchtet: „Du glaubst nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“ Nach dem Pariser Aufstand wegen des Aufstanzes der holländischen Fabrik im Februar 1831 schrieb Ludwig Börne: „Mehrere meiner Bekannten, die glücklicher als ich im Gedächtnis waren, haben mir erzählt von den Reden und Redensarten des Volkes. Man muß erlauben über diesen gebenedeten Menschenverstand. Häufig, unsere Staatsmänner, die Herren Schabinski, Guizot, sogar Talleyrand, könnten bei ihm in die Schale gehen.“

Das Volk, sich selbst überlassen, ist manchmal unvernünftig und roh. Aber es ist für die Summe der Vernunft und Menschlichkeit empfindlicher, weit empfänglicher als die oberen Schichten des Kapitalismus.

## Tagesgeschichte.

Es werde dunkel! Aus Anlaß der neuesten Besprechungen der preussischen Landesparlamenten sind auch wieder die sogenannten volkshulischen „Hochschulzeitung“ zur Sprache gekommen. Doch ist nicht Gelehrliches in dieser Beziehung zu sehen, noch sind es einwörtlich ein bloß gute Worte der liberalen Presse. Aber der bloße Gedanke daran, daß man in die Dunkelheit, in der zu leben das herrschende soziale System die breite Volksmasse verurteilt hat, einige spärliche Lichtstrahlen des Wissens hereinlassen könnte, verleiht unsere Reaktionen in Bismarck und so unterer Anst. „Die Hochschulzeitung, wie sie jetzt wieder geplant zu werden scheint“, schreibt die Neue Preussische Zeitung — sind nicht als eine recht gedanktlose Reaktionen der sogenannten „Unwissenheitsbewegung“, die sich von Unvorsichtigkeit an als allmählich über fast alle Länder der Welt verbreitet hat, besonders aber über den standmassigen Norden, wo seit geraumer Zeit sich sogenannte „Volkshulischen“ befinden. Ueberall ist die Wirkung — mutatis mutandis — die gleiche gewesen, das heißt, es hat sich eine hochmögliche Halbweilerei verbreitet, die man unter die Decke bringen, wenn man sein Augenmerk auf die Grundurachen des Anarchismus und der sozialdemokratischen Bewegung richtet.

Was zunächst den Anarchismus betrifft, so leistet sich hier das reaktionäre Blatt einfach eine Verbeugung des Unwissens. Vom Anarchismus in England, in Schweden und Norwegen, wo es Volkshulischen gibt, haben wir nichts gehört, wohl aber in Italien und Spanien, wo es keine Volkshulischen für das Volk, dafür aber recht viel katholische Volkshulische gibt, die das Wort der reaktionären Bebauung des Volkes im Sinne der Reue Preussischen Zeitung hienematisch betreiben. Die Stellung zur internationalen Anarchistenbewegung ging nicht von dem handweltlichen Norden, wo es Volkshulischen für das Volk gibt, sondern von

Italien aus, wo sich ein Drittel der Rekruten bei der Militär-aushebung als Analphabeten erweist. Der Anarchismus ist also das bessere Geistes Kind, wie die Reue Preussische die Reue und die von ihr vertretene Reaktion — ein Kind der Dunkelheit und der Unwissenheit des Volkes.

Vollkommen recht hat aber das reaktionäre Blatt in Bezug auf die Sozialdemokratie, wenn es sagt, die Vorbereitung der Bildung in den Volksmassen ehe ihr zusammen mit der industriellen Entwicklung die Wege. „So benebenswert dies“ — schreibt sie — vom Standpunkt der „Genossen“ auch erscheinen mag — wir anderen haben doch wahrlich keinen Grund, in dieses Meer noch mehr Wasser zu gießen und durch die Erziehung neuer Herde der Halbgebildeten zur ferneren Verbreitung einer Weltanschauung betrautungen, deren Endziel es ist, der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Garaus zu machen.“ Das ist eine klare Sprache! Die Bildung ist unter den gegebenen Bedingungen eine Saat, aus der in den Köpfen des arbeitenden Volkes mit Naturnotwendigkeit die sozialdemokratische Weltanschauung emporwächst. „Zie anderen“, d. h. die Reaktionäre, die Verehrer der Ausbeutung in der Knechtung, haben wahrlich keinen Grund, die Bildung unter solchen Umständen zu fördern. Im Gegenteil, das Licht zu löschen, die Unwissenheit zu fördern, darauf sind die Verehrer der gegenwärtigen sozialen Ordnung angezogen.

Wir sind stolz auf diese Anerkennung aus dem Munde unserer Feinde. Sie konstatieren selbst: die Sozialdemokratie ist das Rad der Sonne, wer gegen sie kämpft, kämpft gegen das aufgehende Licht.

## Inseland.

Frankreich. Die Pariser Arbeiter haben am Sonntag in einer großen sozialistischen Versammlung Stellung gegen den geplanten Staatsstreich, die Revolution von oben, genommen. Es wurde die Einigkeit aller sozialistischen revolutionären Kräfte allen Möglichkeiten gegenüber betont und gegen die Angriffe auf die Freiheit der Arbeiterinitiativen und das Recht auf Unstund Verweigerung eingeleitet. Ferner wurde dagegen Verwahrung eingelegt, daß die militärische Besetzung eines Wahlsystems Ausmaßes aller sozialistischen Kräfte bedeuten würde.

Frankreich. Nachdem der von den Generalstäben geplante Staatsstreich verraten und damit bereitet worden ist, will niemand beteiligt gewesen sein, und die Auslösung der blamierten Generalstabschef ist sehr bequem, jetzt alles als Maße der Bischofs-Anhänger hinzustellen. Die 2. herbe z. B., ein der derzeitigen Regierung „unfeindliches“ Blatt, bespricht: Ein der Kanzlei eines Ministers zuzuteilender Beamter habe in einer Nachbarschaft so lade D. p. s. ein General Anstalten aufgegeben: „Hallen S. e. sich für Sonnabend bereit. gg. Ein General.“ Die D. p. s. sei vom Haupttelegraphenamt angehalten und dem Ministerium des Innern übergeben worden, welches eine große Aufregung auslöste. Mehrere Minister hätten eine Untersuchung über den Mißbrauch der Kom. p. s. beantragt, doch hätte Bischoff den Antrag betämpft. — Warum nennt das Blatt den Beamten nicht, wenn es ihn kennt? Ihre Klugheit ist doch sonst nicht die Sache der Eitelkeit. — Einmalig verteilt ist der Aufbruch nach jenenfalls, denn der Sonntag verließ, ohne daß Deoulé seine Patriotentilg v. rammelt hätte; seit Wochen der erste Fall! Auch hat der Kriegsminister General Chanisse seine Reise in die Provinz beurlaubt zu gehen, er wohnt in Commont getrennt der Entschliessung des Deutals für die Kämpfer von 1870 bei.

Alten. Der ch. n. e. K. i. e. soll am 23. November, dem Geburtstage der Kaiserin, angelegt und an seine Stelle ein 13-jähriger Knabe, der Enkel des Prinzen Jun, zum Kaiser ernannt werden. Auch der kleine Junie wird ganz gut den Sohn des kaiserlichen Vaters können, d. weil das Regieren gar nicht so schwer ist, als es dumme Welt — das ch. n. e. natürlich — annimmt.

Eintritt in die Selbständigkeit der Gewerbeberichte.

Ein etwas mysteriöser Eingriff in die Selbständigkeit der Gewerbeberichte scheint in der neuesten Nummer des Ministerial-Blattes für innere Verwaltung in Preußen enthalten zu sein. Es bringt eine gemischtsprachige Verfügung des Ministers des Innern aus dem Handelsministerium vom 18. August 1898, die davon anzeigt, daß in letzter H. T. wiederholt „unrichtigkeit“ worden ist, von welcher beherrschenden Stelle die „richtige“ Auffahrt über die Geschäftsführung der Gewerbeberichte wahrzunehmen ist. Es sollte daher dafür Sorge getragen werden, daß in die Disposition ein besonderer Paragraph eingeschoben wurde des Inhalts:

„Die dienstliche Auffahrt über die Geschäftsführung des Gewerbeberichts nimmt gemäß §§ 7 und 24 des

**Justizministerial-Correspondenz der Regierung**

**Es ist in der Verfügung nicht gesagt, welcher Gehalt die hervorgeratenen Kosten waren.** Da nach dem präsidentlichen Antragsverfahren zum heutigen Gerichtsverfassungsgesetz dem Präsidenten des Landgerichts die Aufsicht zusteht, hinsichtlich „der Gerichte des Bezirks“, und da das Landesgericht ein Gericht ist, so hat man vermutlich die Auffassung durchzuführen, dass auch das Landesgericht aufschlüssiglich dieser Justizaufsicht unterstehe und das den Gehörden der allgemeinen Landesverwaltung, wenigstens in gerichtlicher Beziehung, die Aufsicht nicht zuzukommen. Wenn die neueste Verfügung darauf ansetzt, den Verwaltungsbehörden diese Aufsicht zu verschaffen, so würde dies den Versuch darstellen, die gerichtliche Selbständigkeit der Landesgerichte einzuzugreifen. Freilich wäre es ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Denn das Landgericht ist in seiner Weisung herauf folgende Befreiung zu lösen. Ganz richtig sagt dazu die Frankf. Zeitung: Wenn dem Regierungspräsidenten die Aufsichtsbefreiung gesetzlich nicht zuzukommen, so ist es gleichgültig, ob Magistrat und Stadtrat ordnete sie ihm in einem Dispositiv aufzugeben. Sie haben hat man das ganz richtige Verständnis für die richterliche Selbständigkeit der Landesgerichte gehabt und durch Landesgesetz hergestellt, das die Aufsicht derselben Landespräsidenten aufzuheben, welche die Aufsicht über alle Gerichte des Landes zu üben haben. Das Vorhaben im Verwaltungswege, welches man in Preußen beabsichtigt, ist wohl gefährlicher, weil die Verfügung einen durchaus unklaren Charakter trägt. Es ist weder zu sehen, wie weit die „dienliche Aufsicht“ reichen soll, noch was unter „Geschäftsführung“ verstanden wird, noch endlich, ob unter Geschäftsführung der Landesgerichte bloß Vorleser und Gerichtsschreiber oder etwa auch die Thätigkeit der Beisitzer gemeint ist. So lange nicht eine größere Klarheit vorliegt, möchten wir im Interesse der für die soziale Entwicklung so bedeutsamen Selbstständigkeit der Landesgerichte allen Gemeinbedenkungen, welche diese Institution bereits befallen, den dringenden Rat geben, jeden Vorschlag des Regierungspräsidenten nach Einführung eines derartigen Paragraphen in das Dispositiv rundweg abzulehnen. Wir geben diesen Rat mit desto größerer Sicherheit, als die Landesgerichte über keinerlei Mittel verfügen, um eine Kommunalverwaltung zu einem solchen Zwang zu zwingen.

**Soziales.**

**Ueber eine Arbeitseinstellung der Güterbodenarbeiter in Oppeln schreibt ein hiesiges Blatt:**

Auf dem hiesigen Güterboden herrscht zur Zeit eine Unordnung, die kaum zu beschreiben ist. Güter liegen wochenlang da und können nicht abgehoben werden, weil es keine Arbeiter giebt, welche die Güter herausgeben. Die alten eingeschaffenen Arbeiter wollen für den Lohn von 1.50 bis 1.60 M. pro Tag nicht mehr arbeiten und haben die Arbeit niedergelegt. An ihre Stelle sind Soldaten getreten, wodurch wenigstens eine vorläufige Störung der Geschäfte vermieden wird. Einige hiesige Firmen haben durch diesen Zustand der Dinge ganz gewaltig und haben die Furcht in die Öffentlichkeit genommen, um eine baldige Abstellung dieser unzulässigen Zustände zu erwirken. Gerade die Eisenbahnverwaltung wußte bisher sehr pünktlich in dem Einzigen das wirksamste Mittel abgeholt worden war. Wer sagt jetzt den Geschäften, die ihre Waren nicht herausbekommen können, Verzugszettel?

Der von dem Blatte hier angegebene Lagelohn für die Güterbodenarbeiter läßt es erkllichen er scheinen, daß die Leute die Arbeit niedergelegt. Mit 1.50 M. täglich kann keine Familie existieren, zumal bei den jetzigen Lebensmittelpreisen. Andere Leute, als Soldaten, wären wahrcheinlich bei solchen Verhältnissen auch nicht arbeitswillig geworden, aber hier gilt das Romantische. Die Arbeiter erkennen auch hieraus, wozu das Militär da ist. Die Ehre, durch Gehörigkeit zu einem Kriegervereine das System des Militarismus verberlichen zu helfen, wird dadurch immer größer.

**Eine restable Theater** sieht wieder den Aktionären der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart bevor. Nach dem Geschäftsbericht beträgt der für 1897/98 erzielte Bruttogewinn

402854 50 M. Die vom Aufsichtsrat statutenmäßig festgestellten Abschreibungen auf Areal, Fabrikgebäude, Maschinen, Wasserleitungen, technische Einrichtungen und Uterilien betragen 7978 33 M. Es verbleibt also ein Reingewinn von 328 876 17 M. Diese Summe zu verteilen, ist das Hauptgeschäft der Aktionäre.

**Vorsteherliches und Gerichtliches.**

Das Landgericht in Halberstadt sprach den Parteivertrauensmann Robert Greiner aus Würzburg gegen die Angelegenheit, den früheren Reichstags-Abgeordneten Major a. D. Biade beilegt zu haben.

Wegen Verleitungens preussischer Richter ist am 20. Juli vom Landgerichte Regensburg der Richter der Volksliste, Genosse August Müller, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte einen Artikel abgedruckt, der gegen einen vom hannoverschen Courier unter der Ueberschrift „Socialdemokratischer Terrorismus“ veröffentlichten Artikel polemisierte. Darin war aus dem Inhalt, daß die Sozialdemokraten kein Verlangen zur Abschaffung hätten, da die Gerichte in Bezug auf das Verhalten gegen Straftäter auf Strafbefehl u. i. w. das Gesetz willkürlich auslegten. Das Landgericht hat in diesen Darlegungen den behandelnden Vorwurf gegen die beklagten, insbesondere preussischer Richter, nicht als unzulässig erkannt, sondern den Vorwurf als berechtigt erkannt. Der Angeklagte hat zu leistet ein Urteil, das jedoch zur Begründung seiner Behauptung nicht angegeben und als Quelle, aus der der Artikel erhalten habe, eine andere Zeitung bezeichnen. Auf die Revision des Angeklagten hat das Landgericht kein Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. In der Begründung wurde ausgeführt, die Feststellungen gegen den Verdachten Raum, daß die Straftatener den Rechtsbegriff der Thatfachen verkannt habe und daß eine Verurteilung von abfälliger Kritik und konkreter, positiver Vorurtheile vorliegt.

Das Schöffengericht in Bielefeld verurtheilt den Parteipropagandist Albert H. zu drei Monaten Gefängnis wegen Verleitungens der Arbeiter zur Verletzung der Ruhe und Ordnung.

Der Parteivertrauensmann Paul Müller in Aue in Sachsen war vom Schöffengericht in Schneeberg zu 100 M. Geldstrafe oder in nichtzahlung des Betrages zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat eine rote R. befand, herausgegeben, die, wodurch er großen Unfug begangen haben soll. Müller's Meinung gegen dieses Urteil ist sehr vom Landgericht in Aue zurückgewiesen worden. Es fernergehört der fasslichste Verstoß gegen die öffentlichen Ruhe und Ordnung, der durch den Angeklagten einer Forderung seiner Sympathien für den Widerstand öffentlich laut that, von den Richtern auf eine Stelle gestellt werden mit Worten, die durch die Vorleser der Rede ebenfalls öffentlich gemacht werden.

**Gewerkschaftliches.**

Die Nürnberger Motorwagenfahrer II. den Sonntag nachmittags mitten im Betriebe die Arbeit ein. Sie wurden dazu von Fahrern aufgefordert. Am Spätnachmittag führte eine Vernehmung zwischen der Straßenbahnverwaltung und einer aus acht Mann bestehenden Abordnung der Wagenfahrer und Schiffer zu einem Vergleich. Es wurde den Wagenfahrern eine monatliche Entlohnung von 2.50 M. auf 3 M. bzw. 3.60 M. zugesichert. Nach abgelaufenen Verhandlungen soll trotz der Vorerhöhung die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden. Der Streik aber durch Einwirken der Kontrollreue für die Motorfahrer verloren gegangen sein.

**Stadtverordneten-Sitzung**

am Montag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr.

**Vorbericht: Sitzungsergebnisse.**

Nach der Bekanntgabe mehrerer Entschuldigungen teilte der Vorsitzende mit, daß der nächste Sitzungstermin am Montag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr stattfinden wird. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. In der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Sitzung wird am Montag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr stattfinden. 2. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 3. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 4. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 5. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 6. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 7. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 8. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 9. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 10. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 11. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 12. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 13. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 14. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 15. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 16. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 17. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 18. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 19. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 20. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 21. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 22. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 23. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 24. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 25. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 26. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 27. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 28. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 29. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 30. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 31. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 32. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 33. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 34. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 35. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 36. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 37. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 38. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 39. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 40. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 41. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 42. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 43. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 44. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 45. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 46. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 47. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 48. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 49. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 50. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 51. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 52. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 53. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 54. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 55. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 56. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 57. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 58. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 59. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 60. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 61. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 62. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 63. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 64. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 65. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 66. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 67. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 68. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 69. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 70. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 71. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 72. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 73. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 74. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 75. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 76. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 77. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 78. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 79. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 80. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 81. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 82. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 83. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 84. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 85. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 86. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 87. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 88. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 89. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 90. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 91. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 92. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 93. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 94. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 95. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 96. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 97. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 98. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 99. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten. 100. Die Sitzung wird von 4 Uhr bis 6 Uhr abgehalten.

**1. Zum Bericht über den Stand und die Bemerkungen der Gemeinde Angelegenheiten für 1897/98** berichtete Oberbürgermeister von dem Stand und dem Fortschritte der Verwaltung und dem Stand der Finanzen. Die Verwaltung ist im allgemeinen befriedigend vorwärts und es hat darauf bestanden sein.

**2. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**3. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**4. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**5. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**6. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**7. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**8. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**9. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**10. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**11. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**12. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**13. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**14. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**15. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**16. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**17. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**18. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**19. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**20. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**21. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**22. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**23. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**24. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**25. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**26. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**27. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**28. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**29. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**30. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**31. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**32. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**33. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**34. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**35. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**36. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**37. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**38. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**39. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.

**40. Der Bau einer neuen Straßenbahn** von Grundbesitz der Gemeinde 64 wird nach dem Antrage der Magistrat beschlossen. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt. Die Baukosten werden auf 1.200.000 M. geschätzt.





# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 245

Galle a. G., Mittwoch den 19. Oktober 1898.

9. Jahrg.

## Wochenkalender.

**Montag, den 17. Oktober.**  
Die Jahresrechnung (lesen). — Dem dem! Reich geht von Berlin nach Jerusalem.  
Die Wälder sind hier, die Läden erschrocken.  
Die Wälder sind hier, die Läden erschrocken.  
Die Wälder sind hier, die Läden erschrocken.

**Dienstag, den 18. Oktober.**  
Am meisten erschrocken ist Herrd Eugen.  
Er stogt: „Ich kann es nicht denken.“  
Dah man nicht einseigt einen Rezenten,  
Da dessen Schutze wie hier leben (konten)!

**Mittwoch, den 19. Oktober.**  
Die Schlacht von Sedan.  
Ist nicht Lucanus mit auf der Fahrt?  
Er macht doch mit die ganze Welt  
Und nicht in seiner stillen Welt.

**Donnerstag, den 20. Oktober.**  
Und demo geht auf Schritt und Tritt  
Der General d. D. hat mit  
So brauchen und seine Sorgen zu machen  
Politische wie militärische Sachen.

**Freitag, den 21. Oktober.**  
Auch sonst geht noch mit manch wichtiger Mann.  
Der beim Siegern helfen kann.  
Blick nur in die Wälder hinein, sie nannten  
Zwei Hügel- und zwei Generalstabanten.

**Sonntag, den 22. Oktober.**  
So ist die Regierung, wie ihr seht.  
Im wesentlichen doch kompliziert.  
Sie kann uns, was auch mag passieren,  
Ganz gut von Jerusalem aus regieren.

Fladderabatsch.

## Chronik aus das Jahr 1848.

**19. Oktober.** In der Frankfurter Reichsversammlung be-  
ginnen die Beratungen des von der Verfassungskommission vor-  
gelegten Entwurfs einer deutschen Reichsverfassung. Besondere  
Schwierigkeiten macht von Anfang an die deutsch-österreichische  
Frage. Die habsburgische Politik, in Frankfurt durch den Reichs-  
minister Schmalzer vertreten, widerstrebt dem Willen des Reichs-  
deputierten in den zu gründenden deutschen Bundesrat, weil in  
diesem Fall Österreich seine Rolle als europäische Großmacht nicht  
weiter spielen können. Die österreichische Politik sieht am österrö-  
sch-schlesischen Grenzland fest und ging nicht darauf ein, nur mit seinen deutschen  
Teilen in den deutschen Bundesrat einzutreten. — Dies allein  
schon aus dem Grunde, weil diese der Bestrebungen der Einzel-  
staaten nach Selbstständigkeit zu halten gekommen wäre. Anderer-  
seits aber wollte sich Österreich auch nicht aus dem neuen Bundes-  
rat ausschließen und damit den bisherigen Einfluss Österreichs  
auf Deutschland lahm legen. Es wurde denn von österreichischer  
Seite im Rahmen der dem Sturz des ganzen Verfassungswerkes  
eingarbeitet, um überhaupt nichts zu Stande kommen zu lassen.

## Blamage über Blamage.

E. in Jülich.  
„Wenn die Wälder verderben wollen, den schlagen sie mit  
Blindheit“; dieses alte Wort scheint sich in vollem Umfange an  
der schweizerischen politischen Polizei, bzw. dem Leiter  
dieser, Herrn Bundesanwalt Scherz, bewahrheiten zu  
wollen. Nach hat sich die Erbitterung des Schweizervolkes  
über die schamlose Auslieferung der 250 italienischen Arbeiter  
an die Gensarkommission der italienischen Regierung nicht  
geseht, noch groß ist in den Massen ob dieser freilich-  
unbedingten Gehaltbarkeit der politischen Polizei, ob des Ver-  
zichts an den guten historischen Traditionen der Schweiz, ob  
der verächtlichen Knechtsgewinnung der Bundesbehörde dem  
drohenden Unlande gegenüber, da sagt als neues Brau-  
wörter die politische Polizei der Helvetien von Glatz bis  
den Alpen rechts und gleichwürdige Ausweisung harmloser  
Menschen hinaus. Aber diese letzte Helmbreit aus Herrn  
Bundesanwalts Scherz hat trotz ihrer traurigen auch eine  
gute Seite; sie scheint dazu berufen zu sein, der Institution  
der politischen Polizei, der die Erbitterung eines großen  
Teiles des Volks nicht gescheut hat, im Grunde gähren-  
schlecht überantwortet, sie zum Spieß der öffentlichen  
Meinung macht. Dann ist es nicht so wahr als die alte  
Behauptung, daß die Schärfe der Polizei am sichersten ist.  
Schärfst, in der Tat höchst hat sich die politische  
Polizei durch die letzten Ausweisungen gemacht, wie dies  
aus einer in diesen Tagen erscheinenden Zeitschrift zu er-  
sehen; bezweigt. Diese Zeitschrift, herausgegeben von dem  
nicht weniger als blutigen, seinem Namen im vollkommenen  
Gegensatz stehenden „Anarchisten“ Sonnenleben, zählt auf Grund  
zuverlässiger und absolut sicherer Informationen eine  
Reihe von Fällen auf, die in ihrer grotesken Schärfe nicht  
mehr zur Vernichtung des letzten Restes von Ansehen, das  
die politische Polizei noch genießt, beitragen werden als die  
Schärfe und berechtigte politische moralische Polemik. Zur  
Bezeichnung der Informationen und Informationen der  
schweizerischen politischen Polizei seien die wichtigsten dieser  
Fälle hier mitgeteilt.

**Erster Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wurde der Monarchist Giovanni Feri, der im  
„Bericht“ steht, zum Mörder des Präsidenten der  
französischen Republik bestimmt gewesen zu sein. „Ist ja  
auch so politologisch“, bemerkt Sonnenleben dazu mit treff-  
lichem Spott, „ein Monarchist muß ja Feind der Republik  
sein.“

**Zweiter Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wird der italienische Arbeiter Alfonso  
Alba, der unter dem Datum des 6. Oktober 1898 im  
„Monat“ (unserm wöchentlichen Parteiorgan) sich in erster  
Linie als friedfertiger Sozialist bekennt, der selbst unter  
dem Belagerungszustand in Neapel nicht verhaftet wurde  
und der in zweiter Linie schließt, daß er bereits am 6. März  
1898 die Schweiz verlassen habe.

**Dritter Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wird der Italiener Giancaccia, ein Mann, der  
den Boden der Schweiz nur zweimal in seinem Leben be-  
trat, und zwar — um Deutsche zu machen!

**Vierter Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wird de Matti, der ebenfalls seit anderthalb  
Jahren im Ausland weilt.

**Fünfter Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wird Antonio Gagliardi, der glücklicher-  
weise — Bürger der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist.

**Sechster Fall:** An dem Tage, an dem der Hofzug  
mit dem Sarge der Kaiserin Elisabeth Jülich passierte,  
wurde in Jülich, wie eine Steckbrief eine Ehre polizeilich  
gesucht, der von Prag wegen Diebstahl und Bedrohungen als  
gemeingefährlich signalisiert war, es aber vorgezogen hatte,  
sich der ihm im Oktober 1898 durch die Jülicher Polizei  
drohenden Festnahme schon vor — drei Jahren durch Ver-  
lassen der Schweiz zu entziehen.

**Siebenter Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wird Gesil Emilio, ein  
Italiener, der seit achtzehn Monaten — tot ist und  
im Grabe ruht.

**Achter Fall:** Ausgewiesen aus dem Gebiete der Eid-  
genossenschaft wird auch heute mit seitigem  
Verhaftungsbefehl polizeilich gesucht wird Michele Abrile, der —  
überhaupt nicht existiert! —

Mit dieser Anweisung des nicht existierenden Michele  
Abrile sei die Reihe der gloriosen Leistungen der politischen  
Polizei, die sich von ihrem Spieß bis zu großartiger Weise  
in den — April hat schließen lassen, vorläufig geschlossen.  
Möglich ist, daß neue hinzukommen; aber selbst, wenn dies  
nicht der Fall ist, sind die hier erzählten „Festnahmen“ ge-  
nügend, der schweizerischen politischen Polizei die europäische  
Varettappe auf den Kopf zu legen, sie zum Ainergeißel, nicht  
nur für die Schweiz, sondern für die ganze Welt zu  
machen. Denn der übermäßigsten Komik dieser Lei-  
stungen werden sich selbst die — Chinesen nicht entziehen  
können.

## Großstadtelend und preussische Polizei.

In der Nacht vom 27. zum 28. August d. J. hat sich der  
Polizisten des Breitenweides in Abwegung ein bezweifeltes  
Bild großstädtlichen Elends. Eine Anzahl Verlorenen, drei Frauen  
und dreizehn Kinder im Alter von dreizehn Tagen bis etwa zehn  
Jahren traten obdachlos auf der Straße auf. Von einem hülfs-  
losen Hausquartier aus die Straße geriet, verließen sie ein  
latterlommen im Armeubaus zu sitzen. Hier wurden sie jedoch  
angewiesen und von der Polizeibehörde, an welche sie sich gewandt  
hatten, ebenfalls.

Von allen Barmherzigkeitsmitteln entbietet und nur notdürftig befeit-  
et, erwiderte die Behörde, dass die Mittel der Barmherzigkeit,  
die sich in jenseitiger Anzahl zu je herum gesammelt hatten. Einer  
der Barmherzigen machte daher den unter den obwaltenden Um-  
ständen sehr wohlhabenden Vorfall, jeder möge sein Scherflein  
beisteuern, um die Frauen und Kinder in die Wege zu verlegen.  
Ich ein Obdach zu finden. Der Vorfall fand Anklang. Der  
Arbeiter Radeke ergiff seinen Hut und benutzte denselben als  
Sammelbeden, in welcher die Gaben reichlich floßen, die von den  
Frauen mit herzlichem Danke entgegengenommen wurden.

Zunächst war aber die preussische Polizei, die hat be-  
sonnlich in Abwegung etwas zu sagen, auf dem Scheitern des  
Eingebens erschienen. Der Schwärmer Schmidt II. überste die  
Polizisten zum Weggehen und stellte dem Arbeiter Radeke ein  
— Strohmännchen, wegen Vornahme einer unerlaubten Kollekte  
in Aussicht. Dasselbe ließ auch nicht lange auf sich warten.  
Radeke erhielt ein Strafmandat, inwieweit auf Zahlung von zehn  
Mark oder zwei Tage Haft, weil er, in der Nacht vom 27. zum  
28. August auf dem Breitenweide bei einer Menschenansammlung  
eine öffentliche Kollekte ohne die gesetzliche Genehmigung erteilt  
und der Aufforderung des zuständigen Polizeibeamten, dieses  
zu unterlassen, keine Folge geleistet hat.

Ueber diese Strafverfügung beantragte Radeke gerichtliche Ent-  
scheidung, wozu sich das Schöffengericht am Montag mit der  
Angelegenheit zu befassen hatte. In der Verhandlung wurde nun  
von dem geschätzten Scherflein festgestellt. Der als Junge ver-  
nommene Schwärmer Schmidt II. gab jedoch an, daß die Frauen  
und Kinder wegen von ihm verurteilt entbietet waren. Er hätte  
vielleicht auch keine Anzeige erstattet, wenn nicht der Angeklagte  
Radeke auf seine Auforderung, er möge die Kollekte unterlassen,  
von einem anderen Herrn um Angabe ihrer Personnamen erlucht  
worden sei. Er, der Schwärmer, habe angenommen, daß dieses  
ein Richterlicher der Volkstribunal ist und deshalb keine er-  
statte. Seine Vermutung habe ihn nicht geirrt, denn zwei  
Tage nach dem Vorfall habe in der Volkstribunal ein Bericht über  
den Vorfall gefahren, der sehr ungenügend gewesen sei. Wegen  
dieser Behauptung wandte sich jedoch ein anderer Junge, der er-  
klärt, den Bericht der Volkstribunal gesehen zu haben, an Radeke,  
dieser habe genau der Wahrheit entsprochen und sei eher zu  
milde gewesen als aufgebildet. Der Staatsanwalt beantragte nun  
den Angeklagten der Vornahme einer unerlaubten Kollekte für  
schuldig zu erklären, die Strafe aber von 20 Mk. auf 5 Mk. zu  
ermäßigen, während der Angeklagte in eine Freisprechung bei  
Scheitern ein Verdict gegeben, wie alle üblichen, weil es ihm in der  
Seele weit getan habe, die ornen unglücklichen Kinder hungern  
und frieren zu sehen. Das Urtheil laut nun und immer ein  
Vergehen sein, welches im 10. Absatz des Strafgesetzbuchs geahndet  
werden mußte.

Ud das Gericht sprach den Angeklagten frei. Bei der Urteils-  
begleichung führte der Vorliegende an: Der Angeklagte habe zwar  
sachlich gehandelt, da aber ein unermittelter, plötzlicher Nothfall  
vordrag, und die Mütter, welche den Angeklagten leiteten, durchaus  
gute und anerkannter erteilte, habe der Gerichtshof auf Freis-  
prechung erkannt. Die Richter trug die Staatsanwalt. Grobhand-  
tend und die preussische Polizei!

## Tagesgeschichte.

**Vom Wirken der Berliner Kriminalpolizei.** Die  
Wirkensphäre der Berliner Kriminalpolizei deren Hauptthätig-  
keit im Prozesse gegen Lauch vor aller Welt offenbart wurde,  
sind bei Einführung von Wörtern (erzte) unverbüßend, wie  
folgende Zusammenstellung der in Berlin unverbüßend gebliebenen  
Mordthaten ergibt: 1888: Will der Jovallde Mole, Mörder: un-  
ermittelt. — 1889: Wamacher, Berliner, Mörder: un-  
ermittelt. — 1890: Pöschel, Berliner, Mörder: un-  
ermittelt. — 1891: Unverheiratete Hedwig Rische, Mörder: un-  
ermittelt. — 1892: Schankolm Mörder, Mörder: un-  
ermittelt. — 1893: Unverheiratete Rantenspielerin  
Helene Schmiedel, Mörder: unermittelt. — 1896: Unver-  
heiratete Maria Galle, Mörder: unermittelt. — Knabe Hugo  
Buri, Mörder: unermittelt. — 1897: Hausbesitzer  
Auguste Schulze und Tochter, Mörder: Bernalter Böner  
(K. Mörder). — Prostituirte Marie, Mörder: un-  
ermittelt. — 1898: Louis Günther, Mörder: unermittelt.

— Prostituirte Bertha Singer, Mörder: (als verdächtig  
verhaftet) Schneider Günthermann. — Dienstmagd Rosine Kaiser  
Mörder: Albert Wegener (Mörder).

Das sind die Triumphe eines Ehemanns, das für die Ueber-  
wachung der legitimen Bestrebungen der Arbeiterklasse und für  
politische Intrigen die Kräfte der Polizei verzerret und die  
so genannte Sicherheitspolizei zur Unschärfe heutzutage  
umkehrte.

Rahlen beweisen.  
Bei den Reichstagswahlen sind nach einer weiteren  
Zusammenstellung, die von nationalliberalen Zentralbüros  
vorgenommen ist, folgende Ergebnisse zu verzeichnen ge-  
wesen:

	1894	1898
Zahl der Wahlberechtigten	11 440 353	10 621 292
Abgegebene Stimmen	7 787 900	7 782 266
mittler Wahlberechtigung	683 973	726 890
Wähler Stimmen	7 762 263	7 673 979
davon entfielen:		
Bürg.		
Sozialdemokraten	2 105 306	2 716
Katholiken	1 454 278	1 488 501
Evangelikern	872 973	1 029 141
Freiwirtschaftler	324 497	431
Anteilhaber aller Art	242 046	312
Christlich Sozialer	47 734	0,63
Nationalsozialer	27 186	0,31
Nationalliberaler	1 013 914	13 068
Freiwirtschaftler	193 945	2,51
Freiwirtschaftler	563 740	7,14
Aberale unverb. Mündung	37 887	0,50
Deutsche Volkspartei	109 869	1,43
Bier. Bauernpartei	140 304	1,81
Christl. Volkspartei	107 416	1,39
Polen	243 446	3,15
Welfen	105 161	1,35
Dänen	15 439	0,20
Sonstige		14 363

Außerdem wurden in zwölf Wahlkreisen die „reine“ Kan-  
didaten des Bundes der Kanvisten mit 50 000, und für ver-  
schiedene Kandidaten von völlig unheimlicher Mischung nur  
100 000 Stimmen abgegeben.

**Zur Arbeiterbewegung im Ruhrkohlen-  
revier.** Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erklärt im  
Verbandsorgan einen Aufbruch an die Bergleute im Ruhr-  
gebiet, worin es heißt: „Rein rechtlich kein Zweifel, die  
Bergleute, die Forderung einer zehnjährigen Lohn-  
erhöhung ist unbedenklich, wenn man die sehr günstige  
Lage der Bergleute und die außerordentliche Steigerung der Lebens-  
mittelpreise in Betracht zieht. Der Vorstand  
hofft auf die Zustimmung der Mitglieder des Gewerkschafts-  
ausschusses, das bereits im vorigen Jahre die gleiche  
Forderung gestellt habe. Es nach langer reiflicher Vor-  
berathung, nicht nur im engeren Vorstandskreis, sondern ge-  
meinschaftlich mit allen Bergarbeitern, habe man sich zu  
dem fürwärtigen Schritt entschlossen; nachdem nun aber  
die Mehrheit gefasst, sei es die heutige Pflicht der Berg-  
leute, rasch die Reihen der Organisation zu stärken. Der  
Vorstand ermahnt schon jetzt zur Ruhe während der kommen-  
den Bewegung. Die Bergleute müssen die Wälder der  
Sicherheit sein, da nur so schnell die Fülle schiffe und der  
Säbel hant, und jeder Arbeiter, der sich im geringsten gegen  
das Geheiß verweigert, nur so schwer bestraft werde. Jeder  
Verbandsort müsse für alle Fälle eine bestimmte Anzahl  
Kameraden von für sich wählen, die zur Zeit der Noth  
mit dem Vorstand vereint den Sicherheitsdienst zu verrichten  
und alle Ruhestörungen, die auch von dienstlicher Seite  
kommen können, zu verhindern hätten.“

„Unbedingtes Vertrauen zu der selbstgewählten Leitung,  
Ruhe nach außen, und der Sieg ist unser!“ so schließt der  
Vorstand seinen Aufbruch, der die Situation als jetzt ernst  
erscheinen läßt.

## Anstalten.

**Anstalten.** Altersversicherung in Neuseeland.  
Das Repräsentantenhaus von Neuseeland hat noch elfjähriger  
Beratung die Alters-Pensionsbill mit einer Mehrheit von  
zehn Stimmen in dritter Lesung genehmigt. Jede über 65  
Jahre alte Person von einem fiktionalen Lebensstand, deren  
Einkommen 34 Pf. (60 R.) nicht übersteigt, erhält nach  
dem Tode eine Pension von 18 Pf. (30 R.) jährlich.

## Internationales und Provinziales.

**Internationales und Provinziales.**  
Vollständiger Bericht über die letzten Reichstags-  
wahlen. Als er am Sonntag in einer literarischen  
Vollversammlung gesprochen hat und in der Debatte  
gefragt wurde, ob es wahr sei, daß der liberale Verein zuerst  
für Amtsgewähltes Wahlrecht hätte aufstellen wollen, p o-  
stulierte Herr Schmidt nach dem Bericht, der ihm nahe  
stehenden Parteipresse, „ganz energisch gegen diese Angele-  
ge.“ Da auch das Volkstribunal seiner Zeit über die liberale Ver-  
sammlung berichtet und dabei erwähnt hat, daß Herr W. d-  
leil als Kandidat in Vorschlag gebracht worden war, hatten  
wie es sich gezeigte, Herrn Schmidt daran zu erinnern, daß  
in jener Versammlung Herr Reichsmann für die liberale  
Kandidaten die Herren Reichsmann Traumann und Amtsgewähltes  
Wahlrecht vorschlug, und Herr Schmidt war da  
zuzugehen und hörte das.

Herr Reichsmann wichtig ist ein Bericht, der am 14. Oktober  
von der 4. Kammer des Reichstages in Berlin gegen die  
Vorleser des Bundesgesetzes 1898 zu Buchdruck und dem  
Gehalt des Vereins, Herrn Nagel wegen Verstoßung in die  
unerlaubten Zustände verurteilt wurde. Der Verein ver-  
setzt in erster Reihe die Bildungsgeld, gebietet also nicht an dem  
während und während der Verhandlungen zusammengetreten  
Berliner, deren Verhandlungen seit einer politischen Ordnung  
bedürfen. Am 6. März 1898 erklärte er im Saale des Anstalts in  
Nagel sein Entschlossen durch eine Zuständigkeit, an der außer  
den Mitgliedern auch eingeschlossene Wälder und dem Preis der Ver-  
änder und Freunde der Mitglieder teilhaben. Von Wäldern  
und Öfen wurde ein Carverbeugend von 20 Pf. für  
jeden Herrn, 25 Pf. für jede Dame erhoben. Der Gewerkschaft  
verlor den Rang als eine ungenutzte öffentliche Zustände.



